

28, 1 (2017) – Nach 1989 (*After 1989*)

Hg. von Božena Choluj und Claudia Kraft
Edited by Božena Choluj and Claudia Kraft

172 Seiten/pages, ISBN: 978-3-8471-0691-3, ISSN: 1016-362X

Editorial

Ein gutes Vierteljahrhundert nach den Revolutionen des Jahres 1989 im mittleren und östlichen Europa scheint es schon allein aus der Sicht geschichtswissenschaftlicher Konvention angebracht, sich Gedanken über die Historisierung der jüngsten Vergangenheit zu machen. Doch auch vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen, die geprägt sind durch eine zunehmende Spaltung Europas (etwa in Hinblick auf die Grundlagen der politischen Vergemeinschaftung oder in Bezug auf den Umgang mit Migration nach und in Europa) und durch das Vordringen populistischer Bewegungen, die vieles, was nach dem Ende des Kalten Krieges als Konsens politischer Kultur in Europa galt, in Frage stellen, scheint eine Reflexion über die jüngste Vergangenheit unabdingbar. Was war beziehungsweise ist der „Postsozialismus“ und welche Rolle spielen Prägungen, die noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammen? Welche Rolle spielen Erfahrungswelten, die durch die politischen und ökonomischen Umwälzungen der „Transformation“ geprägt sind, für das heutige Verständnis von demokratischer Legitimation und sozialer Gerechtigkeit?

Neuere Forschungen bemühen sich, auf diese Fragen zu antworten, indem sie den „Postsozialismus“ als Epoche charakterisieren und nicht nur die Geschichte des östlichen, sondern des gesamten Europas einer kritischen Historisierung seit dem Umbruch von 1989 unterziehen.¹ Damit werden die politischen und sozioökonomischen Umbrüche im östlichen Europa nicht mehr bloß als ‚nachholende‘ Revolutionen betrachtet und die Geschichte der westlichen Hälfte des Kontinents wird ebenfalls zum Gegenstand historischer Analyse gemacht. In einer solchen Perspektive ist der „Postsozialismus“ nicht einfach eine Übergangszeit, die die Gesellschaften der ehemals staatssozialistischen Regime unweigerlich in ein von Westeuropa vorgegebenes Modell

¹ Vgl. Dieter Segert (Hg.), *Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa*, Wien 2007; Boris Buden, *Zonen des Übergangs. Vom Ende des Postkommunismus*, Frankfurt a. M. 2009; Johanna Bockman, *Markets in the Name of Socialism. The Left-Wing Origins of Neoliberalism*, Stanford 2011; Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014; Christian Giordano, François Rugg u. Andrea Boscoboinik (Hg.), *Does East Go West or Does West Go East? Anthropological Pathways Through Postsocialism*, Münster 2014.

von „Demokratie und Marktwirtschaft“ (so die allgegenwärtige Formel für den Entwicklungsweg, der nach 1989 für das östliche Europa vorgegeben wurde) überführt, sondern eine Epoche von historischem Eigenwert. Das „Post“ bedeutet dabei, dass nicht einfach eine neue Zeit begonnen hat, sondern dass das Erbe institutioneller Ordnungen, politischer Konventionen und alltagsweltlicher Erfahrung in der Gegenwart weiterwirkt. Forschungen zum Postsozialismus werden so als eine kritische Perspektive auf die Kontinuität des Wissen-Macht-Systems des Kalten Krieges verstanden, das sich etwa in einer anhaltenden Dominanz modernisierungstheoretischer Zugänge in den Sozialwissenschaften auszeichnet und dabei zugleich ausblendet, dass auch westliche Entwicklungen nur zu verstehen sind, wenn man die Verflochtenheit von Ost und West im Kalten Krieg berücksichtigt. In einer solchen Sichtweise ist der „Postsozialismus“ keine räumlich auf das östliche Europa beschränkte Ordnung, sondern lässt sich besser global als „post cold war condition“ begreifen.²

Es ist offensichtlich, dass solche Forschungsansätze anschlussfähig an Perspektiven der *postcolonial studies* sind, die auf die Bedeutung der Fortdauer historischer Abhängigkeitsverhältnisse und auf die epistemologische Dominanz des westlichen ‚Zentrums‘ verweisen. In der postkolonialen Analyse bleibt jedoch die (ehemalige) Zweite Welt häufig eine Leerstelle in der auf den Nord-Süd-Konflikt verengten Perspektive, wird doch Osteuropa häufig nur in einem Übergangsprozess hin zu Demokratisierung/Europäisierung gesehen und scheint damit – anders als Regionen des Globalen Südens – kein „discursive other“ für das hegemoniale Zentrum darzustellen.³ Der Blick auf das östliche Europa könnte helfen, solche dichotomen „Metageografien“ wie Nord-Süd beziehungsweise Ost-West zu destabilisieren und die häufige Ausblendung osteuropäischer feministischer Theorie und Praxis in transnationalen Debatten um Geschlechtergerechtigkeit zu beenden.⁴ In der Vergangenheit hat sich „L’Homme. Z. F. G.“ immer wieder als ein Forum erwiesen, in dem solche Konzepttransfers kritisch begleitet und (auch west-östliche) Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Feminismen verhandelt werden konnten.⁵

² Vgl. Sharad Chari u. Katherine Verdery, Thinking between the Posts: Postcolonialism, Postsocialism, and Ethnography after the Cold War, in: *Comparative Studies in Society and History*, 51, 1 (2009), 6–34.

³ Vgl. Jennifer Suchland, Is Postsocialism Transnational?, in: *Signs*, 36, 11 (2011), 837–862, 839.

⁴ Vgl. Magdalena Grabowska, Bringing the Second Word In: Conservative Revolution(s), Socialist Legacies, and Transnational Silences in the Trajectories of Polish Feminism, in: *Signs*, 37, 2 (2012), 385–411.

⁵ Vgl. dazu etwa den Beitrag von Biljana Kašić, Is Gender – Women’s Destiny? A Postsocialist Perspective. In response to Joan W. Scott’s article: “Millennial Fantasies – The Future of ‘Gender’ in the 21st Century”, in: *L’Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*, 13, 2 (2002), 271–275; oder das Themenheft

Vor mehr als einem Jahrzehnt hat sich „L’Homme. Z. F. G.“ schon einmal mit den Folgen des Endes der Blockkonfrontation beschäftigt.⁶ Seitdem hat die Geschlechterforschung die Relevanz der Kategorie Geschlecht für die Strukturierung der gesellschaftlichen und politischen Umbauprozesse nach 1989 nachdrücklich unter Beweis gestellt.⁷ Nichtsdestotrotz spielt Geschlecht als eine der wichtigen Achsen gesellschaftlicher Verortung in den Versuchen der Historisierung der jüngsten Vergangenheit bislang eine eher untergeordnete Rolle. Das Heft „Nach 1989“ setzt sich daher zum Ziel, unter Fokussierung der Kategorie Geschlecht und entgegen transformationshistorischer Ansätze das Narrativ der „Rückkehr nach Europa“ zu dekonstruieren und zu untersuchen, wie man über die sozialistische Epoche sprechen kann, ohne diese als glücklich überwundenen Totalitarismus zu verdammen oder (n)ostalgisch zu verklären. Besonderes Interesse liegt auf folgenden zwei Fragen: Erstens, wie eine geschlechtersensible Perspektive auf den Umbruch von 1989 die gängigen Narrative der „Rückkehr nach Europa“ verändert (weil sich Kontinuitäten und Brüche zwischen vorsozialistischer, sozialistischer und postsozialistischer Zeit in Bezug auf Geschlechterverhältnisse anders darstellen als in konventionellen Erzählungen) und zweitens, wie die Erfahrungen der postsozialistischen Zeit (Neuordnung/Re-Konfiguration der Geschlechterverhältnisse) die Perspektive auf den Staatssozialismus verändert haben. So ist zu konstatieren, dass wir es nicht mit einer linearen Entwicklung hin zu ‚universalen‘ Werten zu tun haben, sondern dass diese Werte in sozialistischer wie postsozialistischer Zeit immer geschlechtlich codiert waren und es bis heute sind. Die sich verändernden Interpretationen der staatssozialistischen Zeit würden in einer solchen Konzeption eine wichtige Rolle spielen, denn die Art und Weise, wie man den Übergang/den Bruch charakterisiert, hängt stark von der Bestimmung des Verhältnisses zur vorangegangenen Epoche ab. Zu fragen ist also auch, inwieweit das Ende einer binären Weltordnung auch für die Rekonfiguration einer immer noch binären Geschlechterordnung von Relevanz ist. Unsere

L’Homme. Z. F. G., 16, 1 (2005): Übergänge. Ost-West-Feminismen, hg. von Ute Gerhard u. Krassimira Daskalova.

⁶ L’Homme. Z. F. G., 15, 1 (2004): Post/Kommunismen, hg. von Caroline Arni, Gunda Barth-Scalmani, Ingrid Bauer, Christa Hämmerle, Margareth Lanzinger u. Edith Saurer.

⁷ Vgl. Janet Elise Johnson u. Jean C. Robinson (Hg.), *Living Gender After Communism*, Bloomington, IN 2007; Anika Keinz, *Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989*, Bielefeld 2008; Agnieszka Graff, *Rykoszetem: rzecz o płci, seksualności i narodzie* [Der Rückschlag. Über Geschlecht, Sexualität und Nation], Warszawa 2008; Krassimira Daskalova (Hg.), *Gendering Post-Socialist Transition. Studies of Changing Gender Perspectives*, Wien 2012; Francisca de Haan u. a., *Forum: Ten Years After: Communism and Feminism Revisited*, in: *Aspasia*, 10, 1 (2016), 102–168. Bereits 2000 erschienen, aber noch immer aufgrund seiner analytischen Schärfe lesenswert: Susan Gal u. Gail Kligman, *The Politics of Gender After Socialism*, Princeton 2000.

BeiträgerInnen ‚überschreiben‘ daher bewusst die Zäsur, die das Jahr 1989 in einer konventionellen Betrachtung zu sein scheint, und spüren aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven (Geschichte, Kunstgeschichte, Sozialwissenschaft) der fortdauernden Prägekraft des staatssozialistischen Erbes nach, ohne in einen historischen Determinismus zu verfallen.

Robert Brier untersucht in seinem Beitrag, weshalb der für die dissidentischen Bewegungen im Sowjetblock überaus wirkmächtige Diskurs der Menschenrechte nicht dazu beitrug, auch Frauenrechte in der Sprache der Menschenrechte zu rahmen. Dies ist umso mehr erklärungsbedürftig, als es anderen Gruppen (etwa Industriearbeitern oder Angehörigen christlicher Konfessionen) durchaus gelang, die angeblich universalen Menschenrechte für gruppenspezifische Interessen zu nutzen. Der Autor arbeitet mehrere Gründe für seine Beobachtung heraus. Zunächst zeigt er auf, dass Frauen in der Dissidenz zwar durchaus zahlreich vertreten, dort aber kaum in exponierter Stellung zu finden waren. In den oppositionellen Gruppen dominierten – wie auch in den Reihen der Staatspartei trotz aller emanzipatorischen Rhetorik – oftmals traditionelle Vorstellungen von Geschlechterarrangements. Dazu kam eine ideologiekritische Haltung der Dissidenten, die auch Feminismus als eine Form totalitärer Ideologie betrachteten, sowie ein transnationales Meinungsklima, das Frauenrechten in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges kaum einen Stellenwert beimaß.

Beáta Hock analysiert am Beispiel der Darstellung der sozialistischen Arbeiterin die Beharrungskraft von Wahrnehmungskonventionen des Kalten Krieges im Kunstdiskurs nach 1989. Sie benennt dabei den starken Fokus auf oppositioneller Kunstproduktion und die oft pauschale Abwertung sozialistischer Kunst als Quellen für eine spezifische Thematisierung von Geschlecht und Gleichheit in der Zeit nach dem politischen Umbruch des Jahres 1989. Seit einigen Jahren werde nun aber die darstellende Kunst des Sozialismus in größere Kontexte eingeordnet und ihr Beitrag zu einer gesamteuropäischen beziehungsweise globalen Avantgarde gewürdigt sowie der ‚Eigenwert‘ des staatssozialistischen Modernisierungsprojekts herausgearbeitet. In ihrer Analyse der sich nach 1989 etablierenden Bildregime weist die Autorin darauf hin, dass hier keineswegs nur von größerer Pluralität und künstlerischer Unabhängigkeit zu berichten ist, sondern auch von geforderter Marktgängigkeit und erneuter Sexualisierung, denen die Kunstproduktion unterworfen wurde. Hocks Text ist ein Plädoyer dafür, den Staatssozialismus in eine breiter erzählte Geschichte der Moderne einzuordnen, in der vor allem auch der „Westen“

nicht lediglich als universales und nachzuahmendes Muster, sondern selbst als zu historisierender Teil eines Wettstreits von Modernisierungskonzepten zu betrachten ist.

Małgorzata Fuszara nimmt eine Bestandsaufnahme der Einstellungen zur politischen, rechtlichen und ökonomischen Gleichheit der Geschlechter in Polen seit dem demokratischen Wandel vor. Vor dem Hintergrund der keineswegs zu vernachlässigenden Errungenschaften staatssozialistischer Projekte im Bereich der Gleichstellungspolitik wird deutlich, dass das Thema Geschlechtergerechtigkeit in der polnischen Gesellschaft seit dem politischen Wandel von 1989 höchst unterschiedlich wahrgenommen wird. Gerade hinsichtlich der Ursachen für die fortdauernde Ungleichheit divergieren die Haltungen zwischen weiblichen und männlichen Befragten stark. Während viele Frauen Geschlechterbenachteiligung noch dezidiert zum Gegenstand politischer Intervention machen möchten, dominiert bei vielen Männern die Auffassung, es hier mit einem quasinatürlichen Zustand zu tun zu haben, der sich einer politischen Regelung entziehe. Feministisches *agenda setting* wird durch die schwerfällige Etablierung politischer Strukturen behindert, wenngleich etwa der „Kongress der Frauen“ (*Kongres Kobiet*) als Interessenvertretung frauenpolitischer Anliegen dabei ist, für eine Plattform politischer Meinungsbildung zu sorgen.

Im „Forum“ beschäftigt sich Karol Sauerland kritisch mit der Marginalisierung weiblicher Mitglieder in der polnischen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* seit dem am Runden Tisch ausgehandelten Systemwechsel. Er erörtert sowohl die häufig männerdominierten Aktionsräume der polnischen Gewerkschaftsbewegung während der Zeit des Staatssozialismus als auch die erinnerungspolitischen Strategien der ehemaligen Oppositionellen, die sich in einer neuen politischen Realität positionieren mussten. Die bedeutende Rolle, die Frauen für die Herbeiführung des politischen Wandels gespielt hatten, wurde lange Zeit nicht beachtet. Erst in den letzten Jahren trat die Erinnerung an die Frauen der *Solidarność* stärker in das öffentliche Bewusstsein.

In einem virtuellen Round-Table-Gespräch haben wir fünf Forscherinnen aus verschiedenen Teilen Europas gebeten, über das heuristische Potenzial der Kategorie Geschlecht bei der Beschreibung der politischen und sozioökonomischen Umbrüche im letzten Vierteljahrhundert nachzudenken. Daraus hat sich ein interessanter Gedankenaustausch entwickelt, der nachdrücklich unterstreicht, dass Geschlecht als eine Achse gesellschaftlicher Positionierungen

nicht nur für die historische Analyse, sondern auch für das Verständnis gegenwärtiger gesellschaftlicher Verwerfungen von großer Relevanz ist. Diese Beobachtung wird auch von Claudia Opitz-Belakhal und Céline Angehrn unterstrichen, die im „Forum“ über die fortdauernde Nützlichkeit einer theoriegeleiteten geschlechtergeschichtlichen Forschung reflektieren, ohne dabei einerseits die eigene Historisierungsbedürftigkeit von Gender beziehungsweise andererseits die Bedeutung weiblicher Erfahrungswelten und damit die weitere Relevanz von Frauengeschichte als heuristische Perspektive, der noch immer ein kritisches Potenzial innewohnt, auszublenden. Auch in „Extra“ wird einer historiografischen Fragestellung nachgegangen, indem nämlich Hanna Hacker nach der Möglichkeit lesbengeschichtlicher Forschung vor dem Hintergrund des *queer turn* fragt und damit die produktive Weiterentwicklung, aber auch deren Konsequenzen für Forschungsgegenstände und Forschende problematisiert.

Die themenspezifischen Rezensionen fokussieren sowohl die wirtschafts- und sozialpolitischen Realia des Postsozialismus als auch die Ebene der Erinnerungspolitik und die Frage, wie die Erfahrungen des Sozialismus im Gedächtnis der ZeitgenossInnen weiterexistieren. Die Serie zur Geschichte und den globalen Dimensionen sexueller Gewalt wird im nächsten Heft fortgesetzt.

Im November 2016 verstarb Ida Blom, eine der Doyennes der europäischen Frauen- und Geschlechterforschung und langjähriges Mitglied des wissenschaftlichen Beirates von „L’Homme. Z. F. G.“. Ihr ist ein Nachruf von Gisela Bock gewidmet.

Bożena Chołuj und Claudia Kraft